

# Von den Unterschieden in der Deutschen Einheit

**GESCHICHTE** Dr. Gottschalk sieht in wirtschaftspolitischen Maßnahmen die Lösung – „Wiedervereinigung ein Geschenk“

Der Osten driftet teilweise nach rechts. Dafür gibt es Gründe. Ex-Staatssekretär Dr. Gottschalk analysiert die historische Situation.

VON GERD ABELDT

**BERLIN** – Am 9. November 1989 fiel die Mauer in Berlin. Mit der friedlichen Revolution war der Weg für die deutsche Wiedervereinigung ein gutes Jahr später geebnet. Nach der Grenzöffnung lagen sich die Deutschen aus Ost und West freudetrunken in den Armen.

Aber die Freude währte nicht lange. Der Traum vom Land, in dem Milch und Honig fließen und es jeden Tag Bananen gibt, wurde im Osten schnell von der Realität eingeholt. „Die hohen Erwartungen wurden häufig enttäuscht“, sagt Dr. Hans-Joachim Gottschalk. Der Jurist, der nach der Wende mehrere Jahre als Staatssekretär für den Ausbau der Infrastruktur in Sachsen-Anhalt verantwortlich war, dürfte zu den Wilhelmshavenern mit der größten Wenderfahrung zählen. Am Dienstagabend sprach er vor dem Club zu Wilhelmshaven (CzW) über seine Erfahrungen und Einschätzungen, warum es in Deutschland auch heute – 30 Jahre nach dem Mauerfall – noch zahlreiche Unterschiede und Vorbehalte zwischen Ost und West gibt.

„Beim Zusammenwachsen gibt es immer noch viel Luft nach oben“, sagte Gottschalk. „Gerade bei der älteren Generation.“ Dafür nannte er eine Fülle von Gründen. Nicht alle 16 Millionen DDR-Bürger beteiligten sich 1989 an den

Montagsdemos in Leipzig und anderswo. Viele der Demonstranten wollten zudem die DDR reformieren und nicht abschaffen. Erst später wurden die Rufe nach „Deutschland, einig Vaterland“ lauter.

Die Wende habe dann zu massiven Lebensumbrüchen von vielen Bürgern in den neuen Bundesländern geführt. Da fanden sich Universitätsprofessoren plötzlich als Zeitschriften-Verkäufer, NVA-Soldaten als Versicherungsverkäufer wieder, während die „Ritter der schnellen Mark“ (Gottschalk) aus dem Westen einfielen, um ihren Geschwistern im Osten überbeuerte gebrauchte Autos zu verkaufen oder den Bürgermeistern übergroße Gewerbegebiete aufzuschwatzen.

Mitarbeiter der Treuhand rückten ein, die im Verbund mit westdeutschen Investoren

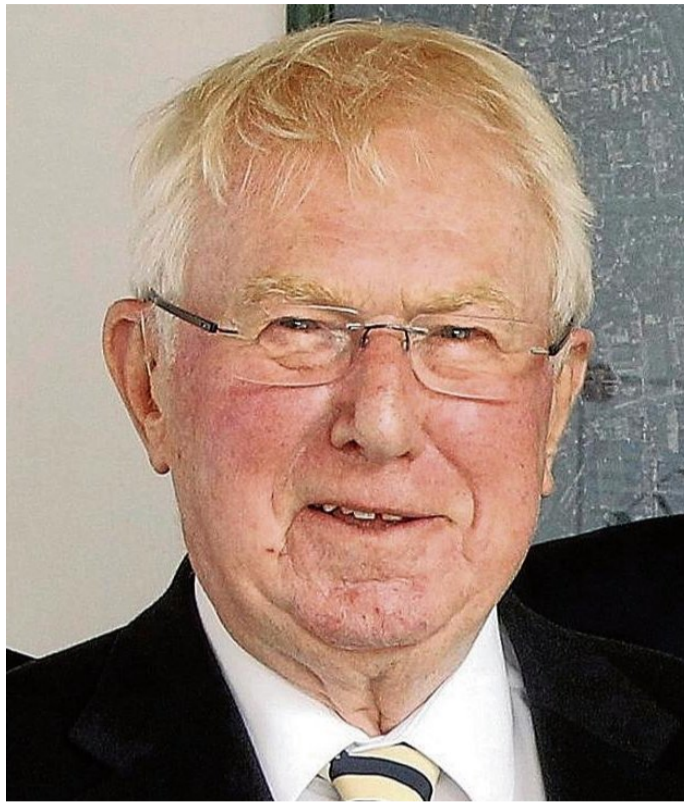
und mit „Buschgeld“ geköderten Westbeamten die marode Ostwirtschaft

**SERIE**  
**MAUERFALL**  
**9. NOVEMBER 1989**

(„Die DDR war pleite“) auf Kurs Marktwirtschaft trimmen sollten. Was aus Sicht von Gottschalk mit Blick auf eine schnelle Einheit alternativlos war, wurde von den Betroffenen als feindliche Übernahme empfunden.

Für die an „klare Verhältnisse“ gewöhnte Bevölkerung waren der komplexe Justizapparat und das auf Kompromiss-Suche ausgelegte Politik-System nur schwer verstehbar. Es versprach bei gefühlten Ungerechtigkeiten wenig Hilfe. Ein geflügeltes Wort damals: „Wir wollten Gerechtigkeit – bekommen haben wir den Rechtsstaat.“

Viele Ostbürger sahen sich persönlich als Verlierer der Einheit. Nach Überzeugung von Gottschalk wirkt das bis heute nach – auch im Wahl-



Dr. Hans-Joachim Gottschalk.

WZ-FOTO: GABRIEL-JÜRGENS

verhalten. „Die AfD im Osten ist die neue PDS.“

Für die damals schwächelnde Wirtschaft im Westen sei die Wiedervereinigung ein riesiges Konjunkturprogramm gewesen. Vor dem Mauerfall habe kaum noch jemand an die Einheit geglaubt. Weite politische Kreise bis in seine Partei, die CDU, hinein standen nach Überzeugung von Gottschalk kurz vor der Anerkennung des Unrechtssystems DDR als zweiten deutschen Staat. Der 17. Juni, der „Tag der Deutschen Einheit“, sei längst zum Bundesausflugstag verkommen.

Hinzu kam ein im Westen verbreitetes Unverständnis darüber, dass die „Geschwister im Osten“ sich nicht nur froh und dankbar für die Aufbauprogramme zeigten. „Die

sollen da mal die Ärmel hochkrepeln ... das mussten wir nach dem Krieg auch.“ Ein Gefühl dafür, dass auch die DDR-Bürger nach Krieg und sowjetischer Besatzung eine erhebliche Aufbauleistung erbracht hatten, gab es im Westen kaum.

Das Lebensgefühl in der ehemaligen DDR war anders. Die neuen Bundesländer wurden weitgehend deindustrialisiert. Weite Landstriche fühlen sich auch heute noch als „Wolfs-Erwartungsland“, so Gottschalk. Und das, obwohl sich objektiv enorm viel getan habe und es eigentlich keinen Raum für DDR-Nostalgie geben dürfte. „Aber auch Gefühle sind real.“

Ausdruck finden sie bei Wahlen. Bei den ersten Wahlen im Osten hätten politische

## DR. GOTTSCHALK – AUFBAUHELPER IN MAGDEBURG

**Dr. Hans-Joachim Gottschalk** ist profunder Kenner der Entwicklung in den neuen Bundesländern nach der Wiedervereinigung. Der Wilhelmshavener Jurist (76), von 1973 bis 1982 Leiter des Rechtsamtes der Stadt Wilhelmshaven, arbeitete von 1992 bis 1994 als Staatssekretär im Ministerium für Raumordnung, Städtebau und Wohnungswesen in Sachsen-Anhalt

und kehrte 2002 als Staatssekretär im Ministerium für Landesentwicklung und Verkehr (bis zur Pensionierung 2008) nach Magdeburg zurück.

Auch danach pflegte er die Verbindung in die neuen Bundesländer und verfolgte als CDU-Politiker intensiv die wirtschaftliche und strukturelle Entwicklung in den neuen Bundesländern.

Persönlichkeiten eine große Rolle gespielt: Helmut Kohl als „Vater der deutschen Einheit“ etwa oder Kurt Biedenkopf. Dennoch hatte die CDU als ehemalige Blockpartei es schwer, die Herzen der Menschen zu erreichen. Ebenso die SPD, die mit der Popularität Willy Brandts und Persönlichkeiten wie Manfred Stolpe, Matthias Platzeck und Regine Hildebrandt punktet – aber als Partei mit einem „S“ (wie SED) kaum eine soziale Bindung zu sich aufbauen konnte. Auch die Grünen galten lange als Partei, die sich nur mit westdeutschen Wohlstandsproblemen befasst.

Auch in der DDR habe es schon eine rechtsradikale Szene gegeben. Aber das sei nicht der einzige Grund für Wahlerfolge rechter Parteien in den neuen Bundesländern, zumal in der dortigen AfD heute viele Rechte aus dem Westen das Sagen hätten.

Die einstigen Volksparteien der Mitte haben nach Ansicht von Gottschalk nach den jüngsten Wahlen noch eine fünfjährige Bewährungszeit, um das Bild von den „unfähigen Etablierten“ zu korrigieren. Es gebe im Osten ein Gefühl der Benachteiligung etwa

gegenüber Ausländern, Ängste um die eigene Sicherheit, ein beeinträchtigtes Sicherheitsgefühl und den Vorwurf, dass die Sorgen und Nöte der Menschen von Politik und Medien nicht richtig wahrgenommen würden. Um dagegen zu steuern, so rät Gottschalk, müssten für abgehängte Landstriche Perspektiven entstehen, etwa indem Industrie und Behörden angesiedelt werden.

Wichtig dafür, dass die Deutschen das „historische Geschenk der Wiedervereinigung“ mehr wertschätzen, wären intensivere Begegnungen. „Leider haben zahlreiche Westdeutsche noch nicht die Gelegenheit wahrgenommen, die bedeutenden gemeinsamen Kunstschatze im Osten zu besuchen“, bedauert Gottschalk. Selbst die Berliner im Ost- und Westteil der Stadt verharren meist in ihren vertrauten Kiezen – und bleiben sich so ziemlich fremd.

**Die WZ wird in einer Serie zum Mauerfall vor 30 Jahren bis zum nächsten Samstag, 9. November, täglich Artikel mit Wilhelmshavener und Friesland-Aspekten veröffentlicht.**